

Sozialistisch Europäisch Friedlich

Leitlinien 2023-2024

Antragsheft 3

1. Tagung des 9. Landesparteitages

**am Samstag, 11. März 2023, von 11.00 Uhr bis ca. 20.30 Uhr
und Sonntag, 12. März 2023, von 10.00 Uhr bis ca. 15.00 Uhr**

**in der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover**

Tagesordnung und Zeitplan (Vorschlag)

TOP	Uhrzeit	Thema
Samstag, 11. März 2023		
1	11:00 - 11:10	Begrüßung der Landesvorsitzenden
2	11:10 - 11:40	Formalia
2.1.		Beschluss der Tagesordnung
2.2.		Beschluss der Geschäftsordnung
2.3.		Wahl des Tagungspräsidiums
2.4.		Wahl der Mandatsprüfung
2.5.		Wahl der Antragskommission
2.6.		Wahl der Wahl- und Zählkommission
2.7.		Gedenken der Verstorbenen
3	11:40 - 11:55	Grußwort von Lennard Bogs, Friday for Future
4	11:55 - 12:05	Grußwort von Heike Boldt, RLS Niedersachsen
5	12:05 - 12:20	Rechenschaftsbericht Landesvorstand - Vorstellung / Diskussion
6	12:35 - 13:20	Frauen- und Männerplenum
	13:20 - 13:55	Pause
7	13:55 - 15:25	Sozialistisch. Europäisch. Friedlich. Leitlinien für 2023/24 Beratung / Änderungen / Beschluss
	15:25 - 15:55	Pause
	15:55 - 16:10	Rechenschaftsbericht Landesfinanzrevisionskommission / Entlastung des Landesvorstandes
8		
9	16:10 - 16:55	Wahl der Landesvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden
10	16:55 - 17:25	Wahl der Landesgeschäftsführung
11	17:25 - 17:55	Wahl der Landesschatzmeister*in und stellvertretenden Landesschatzmeister*in
12	17:55 - 18:10	Wahl der jugendpolitischen Sprecher*in
	18:10 - 18:40	Pause
13	18:40 - 18:55	Festlegung der Größe des Landesvorstandes
	18:55 - 20:30	Wahl der weiteren Landesvorstandsmitglieder (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
14	20:30	Abschluss des ersten Tages
Sonntag, 12. März 2023		
15	10:00 - 10:15	Grußwort Christoph Spehr, Landessprecher Bremen
16	10:15 - 11:30	Wahl der weiteren Landesvorstandsmitglieder (gemischten Liste)
17	11:30 - 11:40	Rechenschaftsbericht Landesschiedskommission
18	11:40 - 12:10	Wahl der Landesschiedskommission
19	12:10 - 12:25	Wahl der Inklusionsbeauftragte*n
20	12:25 - 12:50	Wahl der Landesfinanzrevisionskommission
21	12:40 - 13:50	Anträge
	13:50 - 14:20	Pause
22	14:20 - 14:35	Verabschiedung bisheriger Landesvorstandsmitglieder
23	14:35 - 14:45	Schlusswort der neugewählten Landesvorsitzenden
24	14:45 - 15:00	Internationale / Ende des Landesparteitages

Übersicht Änderungsanträge zum Leitantrag

Ä 1

Ergänzung einfügen Zeile 24, nach „...neoliberaler Politik“:

Antragssteller: Aram Ali (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Marianne Esders (KV Lüneburg), Thomas Goes (KV Göttingen), Dennis Olsen (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Wichtige politische Weichenstellungen wurden versäumt. Niedersachsen ist auch ein Auto-Land. Von der Automobilindustrie, vom Endhersteller VW über Zulieferer und Stahlindustrie, hängen direkt und indirekt 340.000 Arbeitsplätze ab. Dieser industrielle Bereich ist aufgrund des Umbaus der Wertschöpfungsketten, der durch den Einstieg in die E-Mobilität ausgelöst wird, in einem tiefen Umbruch. Unter anderem, weil Teile nicht mehr hergestellt werden, die für den Verbrennermotor gebraucht werden, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Für einen ökologisch nachhaltigen, aber auch sozial fairen Umbau der niedersächsischen Automobilindustrie brauchen wir eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen dazu beitragen, dass Belegschaften demokratisch gestärkt werden und mehr Einfluss auf den Umbau bekommen, einen sozialen Schutzschirm für die Beschäftigten aufbauen und durch Investitionen in gesellschaftlich nützliche Sektoren neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Auch in anderen Bereichen stehen wir vor enormen Herausforderungen.

Ä 2

Ergänzung einfügen Zeile 32, nach „unbezahlbarer werden.“

Antragssteller: Thomas Goes (KV Göttingen), Sabine Lösing (KV Göttingen)

Die Landespolitik hat es versäumt eine ökologisch dringend notwendige und sozial gerechte Wende in der Verkehrspolitik auf den Weg zu bringen. Wer Alternativen zum klimaschädlichen Autoverkehr schaffen will, muss massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors investieren. Wir brauchen mehr und bessere Bus- und Bahnanbindungen in den ländlichen Räumen, generell eine Stärkung öffentlicher Verkehrsbetriebe und schleunigst landespolitische Modellprojekte für den sog. „Nulltarif“. Dafür werden wir uns in den nächsten zwei Jahren einsetzen. Wir wissen: Möglich ist das nur, wenn mehr Personal in den Verkehrsbetrieben eingestellt, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Löhne erhöht werden.

Ä 3

Zeile 34 bis 37: Streichen von „bisher profitieren ... bis... großes Aufgabenfeld“

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Thomas Goes (KV Göttingen), Alexander Jüschke (KV Harburg-Land), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Paul Wellsow (KV Lüneburg)

Ersetzen durch:

Wir glauben: In Niedersachsen gibt es Mehrheiten für eine soziale, ökologische, demokratische und friedensorientierte Politik. Die neue Landesregierung wird diese Reformpolitik nicht auf den Weg bringen. Aber der Wahlsieg von SPD und Grünen beruht auf einer Reihe von Reformversprechen, die auf dringende Probleme im Land antworten. Uns ist es nicht gelungen die Menschen im Land davon zu überzeugen, dass wir eine unverzichtbare Kraft sind, ohne die es keine fortschrittliche Landespolitik geben wird. Daran werden wir in den nächsten zwei Jahren arbeiten. Wir stehen dabei vor mehreren Herausforderungen. Drei wichtige sind: Wir müssen erstens eine Antwort auf die Wahllenthaltung insbesondere einkommensarmer Schichten geben. Zweitens müssen wir auf das Erstarken der extremen Rechten Antworten finden, die es uns erlauben gleichzeitig eine antifaschistische Bündnispolitik zu entwickeln, die die demokratischen Kräfte in der Gesellschaft stärkt, als auch um den Teil der AfD-Wählerschaft zu kämpfen, der tatsächlich nur aus Protest rechts wählt. Drittens müssen wir Menschen, deren Herz für linke Politik schlägt, aber SPD und Grüne gewählt haben, ein überzeugendes politisches Angebot machen.

Ä 4

Zeile 128, ergänzen hinter „Bündnis leben müssen.“:

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Wolfgang Cornelius, (KV Lüchow-Dannenberg); Thomas Goes (KV Göttingen)

Dazu gehört auch, eigene Kampagnen zu führen, mit deren Hilfe wir für wichtige landespolitische Themen Öffentlichkeit schaffen, politischen Druck erzeugen, Gesichter der Partei bekannter machen und neue Anhänger:innen für uns begeistern können. Die erfolgreiche Pflegekampagne hat gezeigt, wie das geht. Kampagnenarbeit ist ein Teamplay zwischen Kreisverbänden und Landesvorstand und ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Partei von unten wachsen, sich landespolitisch besser verankern und auch in Bündnissen neue Kooperationspartner gewinnen kann.

Ä 5

Zeile 175 Ergänzung neuer Punkt einfügen:

Antragssteller: KW Depker (KV Northeim), Thomas Goes (KV Göttingen), Marianne König (KV Northeim), Michael Ohse (KV Goslar), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Peggy Plettner-Voigt (KV Goslar), Bärbel Swinfen (KV Northeim).

Nicht-Wähler:innenstrategie: Je einkommensärmer die Menschen und je weiter unten sie sich in der Klassengesellschaft befinden, desto seltener gehen sie wählen. Das sind aber Teile der Angestellten- und Arbeiter:innenschaft, die wir als LINKE eigentlich erreichen, mit und für die wir Politik machen möchten. Um wieder Wahlen zu gewinnen, wollen wir deshalb eine eigene Nicht-Wähler:innenstrategie entwickeln. Das wird um so besser gehen, je mehr Mitglieder sich an der Klärung wichtiger Fragen beteiligen. Einige sind: Welche Bevölkerungsgruppen genau gehen nicht mehr wählen? Welche Eindrücke gibt es darüber aus der Arbeit in den Kreisverbänden? Welche Erfahrungen gibt es bei anderen Parteien und in anderen Ländern? Welche Arbeitsweisen und Methoden können wir gezielt nutzen? Der Landesvorstand hat die Aufgabe, in den nächsten zwei Jahren erste Bausteine einer niedersächsischen Nicht-Wähler:innenstrategie zu erarbeiten.

Ä 6

Ab Zeile 138, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Marianne Esders (KV Lüneburg); Thomas Goes (KV Göttingen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Ein LINKER Green New Deal für Niedersachsen

Die aktuelle Situation, in der sich unterschiedliche Krisen überlagern, verlangt nach wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Antworten, die diese Herausforderungen aufgreifen und in den jeweiligen regionalen Strukturen verankern. Neben sozialen Themen wie Gesundheit und Bildung, spielt auch der sozial-ökologische Umbau der Mobilitäts- und Transportinfrastruktur, der produzierenden und verarbeitenden Industrien, der Landwirtschaft und der Energiewirtschaft eine entscheidende Rolle. Für unsere landespolitische Profilbildung in Niedersachsen müssen wir uns daher mit den dringenden nötigen Veränderungen in den für Niedersachsen relevanten Bereichen wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau, der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Nahrungs- und Futtermittelindustrie und der Energieerzeugung befassen und die Rahmenbedingungen sowohl an strengen ökologischen Zielsetzungen ausrichten als auch sozial und demokratisch gestalten. Der ökologische Umbau kann sozial und demokratisch gestaltet, oder an den Kapitalinteressen angepasst werden. Welche Richtung sich durchsetzt und ob wir gesetzte Klimaziele erreichen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Gewerkschaften und Belegschaften, Klimabewegungen aber auch DIE LINKE dazu in der Lage sind Alternativen gemeinsam auszuarbeiten, Bündnisse aufzubauen und Druck für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu machen. Der Landesvorstand wird deshalb in den nächsten beiden Jahren an einem eigenen ökosozialistischen Reformkonzept, an einem

linken Green New Deal für Niedersachsen arbeiten. Dafür sucht er die enge Zusammenarbeit und Diskussion mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Aktiven der Klimabewegung und weiteren Initiativen.

Ä 7

Antragssteller*innen: LSPR Linksjugend [´solid] Niedersachsen
Änderungsantrag zu den Leitlinien 2023/24 für den 9. Landesparteitag:

Ab Zeile 175, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Interne Strukturen stärken

Der Landesvorstand erstellt binnen eines Jahres ein Awarenesskonzept für Parteiveranstaltungen, insbesondere die Landesparteitage. Dieses Konzept wird unter Einbeziehung (relevanter) parteiinterner Gruppen, z.B. dem LLF, der 'Vertrauensgruppe', der 'AG Umgang mit Diskriminierung' und der Feministischen Kommission ausgearbeitet und anschließend auf dem Landesparteitag vorgestellt und abgestimmt. Das Awarenesskonzept wird danach laufend evaluiert und verbessert, über diesen Vorgang wird weiter berichtet.

Ä8

Antragssteller: Daphne Weber

Zeile 8 nach „Lützerath“ - 23 streichen und ersetzen durch:

„Die Bilanz von einem Jahr Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist unermessliches Leid, zehntausende Tote und Millionen Geflüchtete. Wir fordern Putin auf, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen und dem Krieg in Europa ein Ende zu setzen. Durch den Krieg haben sich die Spaltungslinien auch innerhalb der Europäischen Union weiter vertieft. Die EU hat sich den USA und der Nato wieder stärker angenähert, statt eine eigene, auf Diplomatie und Abrüstung basierende Außenpolitik zu entwickeln. Die Auswirkungen des Krieges und der darauf folgenden Wirtschaftssanktionen sind global: steigende Preise weltweit und eine gefährdete Nahrungsmittelversorgung im globalen Süden werden Hungerkatastrophen und Elend noch mehr befeuern. Zunehmende Konfrontationspolitik zwischen West und Ost – zwischen den USA und Nato auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite – sind eine denkbar schlechte Voraussetzung für die Bekämpfung des Klimawandels und der weltweiten Armut, die nur in globaler Kooperation zwischen den Staaten gelingen kann. Um den Krieg zu stoppen und einen gerechten Frieden für die Ukraine herzustellen, fordern wir die Bundesregierung auf, sich für diplomatische Gespräche und Waffenstillstände einzusetzen. Aufrüstung bringt keinen Frieden. In diesem Sinne sagen wir der milliardenschweren Aufrüstung Deutschlands im Rahmen des „Sondervermögens“ als LINKE Niedersachsen den Kampf an.“

Begründung:

Der Abschnitt spricht und positioniert sich vor allem in der innerparteiliche Flügel- und Strömungsauseinandersetzung, sollte aber in erster Linie nach außen gerichtet sein und orientierend wirken in Bezug auf die Situation „da draußen“. Außerdem habe ich noch eine Perspektive zu Europa eingefügt, gemäß dem Titels des Leitantrags.

Änderungsanträge an den Leitantrag

Antragstellende: Landesrat LINKE Frauen

Ä9

Antragssteller: Landesrat Linker Frauen

einfügen nach Zeile 86:

Teil dieses Kulturwandels muss sein, Diskriminierungen jeglicher Art in der Partei zu bekämpfen. Ein Zeichen von Defiziten in diesem Bereich war auch die öffentliche Debatte um Sexismus und Übergriffe in unserer Partei. Die negative Auswirkung der öffentlichen Diskussion dieser Missstände liegt jedoch nicht in der Verantwortung der Betroffenen. Verantwortlich für die negativen Konsequenzen sind fehlende Beachtung feministischer Themen in der Vergangenheit und mangelhafte Unterstützungsstrukturen für Betroffene. Diese Aspekte haben dafür gesorgt, dass unsere Partei als feministische Partei (vgl. Erfurter Programm) unglaubwürdig erscheint und dass Mitglieder sich in unseren Reihen unsicher fühlen. Das müssen wir ernst nehmen und hier muss auch DIE LINKE. Niedersachsen besser werden.

Ä10

Zeile 109:

Antragssteller: Landesrat Linker Frauen

statt „Antifaschismus, Antirassismus und Frieden“

„Antifaschismus, Feminismus, Antirassismus und Frieden“

Ä11

einfügen nach Z. 138

Antragssteller: Landesrat Linker Frauen

Eine neue Parteikultur etablieren: Um politische Fortschritte zu erreichen und an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen, brauchen wir eine solidarische, respektvolle und fehlerfreundliche Parteikultur. Partei-Sitzungen und -Veranstaltungen wollen wir inklusiv gestalten – sei es in Bezug auf Barrierearmut und Abwesenheit von Diskriminierung, auf Familienfreundlichkeit durch Kinderbetreuung, oder auf die niedrighschwellige Möglichkeit zur Mitarbeit für all unsere Mitglieder – und jene, die es noch nicht sind. Debatten wollen wir solidarisch und an Argumenten orientiert führen. Wenn Mitglieder in unserer Partei von schlechten Erfahrungen oder Diskriminierungen berichten, wollen wir diesen zuhören und an einer Lösung arbeiten, damit sich alle in der Linken ernst genommen und willkommen fühlen. Erst mit einer innerparteilichen Kultur des guten Umgangs und Zusammenhalts können wir auch kraftvoll und geschlossen in die Gesellschaft wirken.

Begründungen:

ergeben sich aus den Anträgen und erfolgen mündlich.

Die ÄAs aus Osnabrück:

Ä12: Z 8 Lützerath, hier fehlte das t

Ä13: Z 54 hinter Programmpartei muss das Komma weg

Ä14: Z 77 hinter dass wird Linke groß geschrieben (zu diesem Abschnitt gibt es einen Änderungsantrag)

Ä15: Z 85 Gegeneinander wird hier groß geschrieben

(Uneindeutig) Z 168 dem sowohl fehlt das als auch (zu diesem Abschnitt gibt es einen Änderungsantrag)

Ä 16: Z 9 NATO ersetzen durch Teile der NATO unter Führung der USA

Begr.: eine einheitliche imperiale Absicht der NATO bei so unterschiedlichen Mitgliedern wie Türkei, Luxemburg, Frankreich und Griechenland ist schwer vorstellbar.

Ä17: Z 14 und die soziale Frage ersetzen durch , die soziale und die ökologische Frage

Begr.: die ökologischen Folgen jedes Krieges sind katastrophal

Ä18: Z 21 zwischen Bundesregierung und bislang einsetzen , anders als Brasilien, die Türkei und China,

Begründung erfolgt mündlich

Ä19: 63 Bundesebene streichen und ersetzen durch auf allen Ebenen und in vielen Regionen

Begr.: es ist falsch, alle Schuld auf der Bundesebene abzuladen

Ä20: Z 67 und ... verzeichnen streichen und ersetzen durch gleichzeitig ging die Zahl der Mitglieder zurück

Begr.: sprachlich glatter

Ä21: Z 69 den . streichen , dort einfügen , mehrere traten zurück, z.T. weil sie die Arbeitsatmosphäre unerträglich fanden. Diese Missstände

müssen aufgearbeitet werden

Begr.: Über ein solch gravierendes Problem kann man nicht mit einer einfachen Benennung hinweggehen.

Ä22: Z 75 Machtkämpfe ... unpolitisch. streichen

Begr.: Die Auseinandersetzung zwischen "Integration ins parlamentarische System durch Anpassung" und "Veränderung der parlamentarischen

Strukturen durch Anpassungsverweigerung" ist nicht unpolitisch!

Ä23: Z 77 Da DIE LINKE ... zu kurz kommt sind streichen und ersetzen durch Aus der Erkenntnis, dass Linke verschiedener Strömungen und

Traditionen nur vereint gesellschaftliche Wirkmacht erlangen können, ist DIE LINKE eine plurale Partei, sollten unterschiedliche

Ansätze selbstverständlich sein. Es gibt kaum noch

Begr.: sprachlich klarer

Ä24: Z 172 am Zeilenende einfügen Um einige Forderungen zu nennen: Abschaffung von Frontex, keine Steuererleichterungen für sog. grüne

AKWs und Gaskraftwerke, ein Ende der neokolonialen Außenpolitik, kein Einknicken vor menschenverachtenden Regimen, auch

dann nicht, wenn sie wie Katar und Marokko versuchen, mit Bestechungsgeldern Einfluss zu nehmen.

Begr.: Die vorhandenen Formulierungen sind zu allgemein, könnten in fast jedes Parteiprogramm passen, daher halten wir diese

Konkretisierungen für unbedingt notwendig.

Ä25: Z 176 - 182 streichen

Begr.: In dieser Unverbindlichkeit als Abschluss überflüssig.

ÄÄ Frieden

Antragsteller: Daphne Weber & Thorben Peters

Zeile 8 nach "Lützerath" - 23 streichen und ersetzen durch:

„Die Bilanz von einem Jahr Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist unermessliches Leid, zehntausende Tote und Millionen Geflüchtete. Wir fordern Putin auf, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen und die Kampfhandlungen in der Ukraine einzustellen. Die Auswirkungen des Krieges und der darauf folgenden Wirtschaftssanktionen sind global: steigende Preise weltweit und eine gefährdete Nahrungsmittelversorgung im globalen Süden werden Hungerkatastrophen und Elend noch mehr befeuern. Weder Wirtschaftssanktionen noch Waffenlieferungen haben den Krieg bisher beendet, die Waffenlieferungen der NATO-Staaten bergen eher ein erhebliches Eskalationspotenzial. Die EU hat sich den USA und der Nato wieder stärker angenähert, statt eine eigene, auf Diplomatie und Abrüstung basierende Außenpolitik zu entwickeln. Zunehmende Konfrontationspolitik zwischen West und Ost – zwischen den USA und Nato auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite – sind eine denkbar schlechte Voraussetzung für die Bekämpfung des Klimawandels und der weltweiten Armut, die nur in globaler Kooperation zwischen den Staaten gelingen kann. Um den Krieg zu stoppen und einen gerechten Frieden für die Ukraine herzustellen, fordern wir die Bundesregierung auf, sich für diplomatische Gespräche und Waffenstillstände einzusetzen. Dafür werden wir gemeinsam mit der Friedensbewegung, insbesondere zu den Ostermärschen, Druck auf die Straße bringen. Aufrüstung bringt keinen Frieden. In diesem Sinne sagen wir der milliardenschweren Aufrüstung Deutschlands im Rahmen des „Sondervermögens“ als LINKE Niedersachsen den Kampf an.“

Begründung: erfolgt mündlich

Änderungsanträge zum Leitantrag

Ä 1

Ergänzung einfügen Zeile 24, nach „...neoliberaler Politik“:

Antragssteller: Aram Ali (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Marianne Esders (KV Lüneburg), Thomas Goes (KV Göttingen), Dennis Olsen (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Wichtige politische Weichenstellungen wurden versäumt. Niedersachsen ist auch ein Auto-Land. Von der Automobilindustrie hängen (in-) direkt 340.000 Arbeitsplätze ab. Dieser Bereich ist aufgrund des Umbaus der Wertschöpfungsketten, der durch den Einstieg in die E-Mobilität ausgelöst wird, in einem tiefen Umbruch. Unter anderem, weil Teile nicht mehr hergestellt werden, die für den Verbrennungsmotor gebraucht werden, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Für einen ökologisch nachhaltigen und sozial fairen Umbau der Automobilindustrie brauchen wir eine sozialistisch-ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen Belegschaften demokratisch stärken, damit sie mehr Einfluss auf den Umbau bekommen, wollen einen sozialen Schutzschirm für die Beschäftigten aufbauen und durch Investitionen in gesellschaftlich nützliche Sektoren neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehört auch eine offensive Verkehrswende. Wer Alternativen zum Autoverkehr schaffen will, muss massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors investieren: Für mehr und bessere Bus- und Bahnanbindungen in den ländlichen Räumen, eine Stärkung öffentlicher Verkehrsbetriebe und für landespolitische Modellprojekte für den sog. „Nulltarif“. Dadurch werden auch neue Arbeitsplätze entstehen. Auch in anderen Bereichen stehen wir vor enormen Herausforderungen.

Ä 6

Ab Zeile 138, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Marianne Esders (KV Lüneburg); Thomas Goes (KV Göttingen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Für eine sozialistisch-ökologische Reformpolitik in Niedersachsen

Der ökologische Umbau der Gesellschaft läuft, er kann sozial und demokratisch gestaltet, oder an Kapitalinteressen angepasst werden. Welche Richtung sich durchsetzt und ob wir gesetzte Klimaziele erreichen, hängt davon ab, ob Gewerkschaften und Belegschaften, Klimabewegungen aber auch DIE LINKE dazu in der Lage sind Alternativen gemeinsam auszuarbeiten, Bündnisse aufzubauen und Druck für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu machen. Auch für unsere politische Profilbildung ist das entscheidend. Der Landesvorstand wird deshalb in den nächsten beiden Jahren an einem eigenen ökosozialistischen Reformkonzept für Niedersachsen arbeiten. Dafür sucht er die Zusammenarbeit mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Aktiven der Klimabewegung.

Dringlichkeitsantrag zum 9. Landesparteitag, DIE LINKE Niedersachsen, 11. & 12. März 2023

Legale Fluchtwege schaffen!

Mehr als 60 Tote vor Italiens Küste zeigen erneute Dringlichkeit von europäisch koordinierter Seenotrettung ohne FRONTEX

*Antragsteller*innen: Marianne Esders (LAG B&G); Daphne Weber (LLF, PV); Anna-Lena Stein (KV Hildesheim); Anne-Mieke Bremer (KV Nienburg); Manuela Mast (KV Celle); Lisa Zumbrock (KV Göttingen); Hilke Hochheiden (KV Oldenburg Land); Antje Buche (KV Hannover); Peggy Plettner-Voigt (KV Goslar); Lilly Gassmann (KV Lüneburg); Bettina Langerhuizen-Kubiak (KV Emsland); Julian Böhm (KV Helmstedt); Sebastian Wagner (KV Hannover); Aram Ali (Bewegungslinke); Thomas Goes (KV Göttingen); Michael Ohse (KV Goslar); Jorrit Bosch (KV Braunschweig); Wolfgang Cornelius (KV Wendland); Michael Hardt (KV Wendland); Torben Franz (KV Nienburg); Paul Wellsow (KV Lüneburg); Maik Brückner (KV Hildesheim)*

63 leblose Körper, angespült und geborgen an Italiens Küste, nachdem ein Holzboot mit etwa 170 Insassen, darunter viele Kinder, am 26.02.2023 gegen einen Felsen geprallt war, zeigen aktuell und erneut die brutale Härte europäischer Abschottungspolitik, die Menschen aus politischem Kalkül gezielt dem Ertrinkenlassen aussetzt, um eine abschreckende Wirkung vor der Flucht über das Mittelmeer zu erwirken.

Die LINKE. Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, sich für die Schaffung legaler Fluchtwege, ein europäisch koordiniertes Seenotrettungsprogramm und gegen die Kriminalisierung von Flucht und Seenotrettung im Mittelmeer einzusetzen. Weiterhin wird die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert, keine weiteren Polizeikräfte aus Niedersachsen an die Grenzschutzagentur FRONTEX abzustellen, die nachweislich in illegale Push-backs und weitere Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen involviert ist.

Begründung:

Das am 26.02.2023 vor der italienischen Küste verunglückte Boot hatte Griechenland umfahren, um den dort durchgeführten Entrechtungen und illegalen Push-backs auszuweichen. FRONTEX wusste lange vor dem Unglück von diesem Boot und leitete dennoch, wie auch in vielen weiteren Fällen nachgewiesen, keine koordinierte Rettung ein. Gleichzeitig erschwert die neue rechte italienische Regierung unter Meloni die Rettungseinsätze ziviler Seenotrettungsorganisationen mit einem neuen Gesetz, das diese dazu zwingt, pro Einsatz nur eine Bergungsaktion durchzuführen und somit das Risiko von mehr Todesfällen im Mittelmeer deutlich erhöht. Bei Nichtbeachtung drohen immens hohe Geldstrafen. Zivile Seenotretter*innen und Geflüchtete stehen für ihre Hilfeleistung und das Retten von Menschenleben weiterhin vor Gericht. Ihnen drohen bis zu zwanzig Jahre Haft und ebenfalls hohe Geldstrafen.

Im Hinblick auf die anstehende Europawahl appellieren wir an die EU-Mitgliedsstaaten, sich nicht weiter aus der Verantwortung zu ziehen. Die Bundesrepublik muss sich für die Schaffung legaler Fluchtwege einsetzen, um dem unsäglichen Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen ein Ende zu bereiten. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX kann nicht reformiert werden, sie muss abgeschafft und durch ein System ersetzt werden, das Menschen auf der Flucht Sicherheit und Schutz gewährt, statt ihnen mit Gewalt und illegalen Push-backs zu begegnen.

Antragssteller: Gf. LaVo

Solidarität mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst!

Ende Januar haben die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen begonnen. Verhandelt werden die Entgelte für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber. Das betrifft u.a. Beschäftigte in Krankenhäusern, Kitas der öffentlichen Schwimmbäder, in der Jugendhilfe, der Müllabfuhr und Feuerwehrleute. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die Gesellschaft ist.

Zu Recht fordern die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro - damit die Kosten von steigenden Preisen und Inflation nicht auf ihrem Rücken landen. Im Gegensatz zu den Gewinnen, welche die Reichen in der Krise machen, verbessert die Arbeit im öffentlichen Dienst unser aller Leben.

Die Bundesregierung und die Kommunen sagen, das Geld sei knapp. Aber Geld ist genug da. Das Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr war über Nacht da. Das Geld, um die Unternehmen in der Corona- und Energiekrise zu schützen, war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche weiter senken. Aber wenn es um die Beschäftigten geht, die dafür sorgen, dass der Alltag funktioniert? Dann ist angeblich kein Geld da.

Gute Löhne für die Beschäftigten sind jedoch bezahlbar! Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar, wenn die Bundesregierung und die Länder es wollen. Denn die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionär*innen. Doppelt so viele wie 2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Dann könnten endlich auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen angemessen unterstützt werden.

DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt!

- Für eine Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.
- Für eine Vermögensteuer auf Millionenvermögen!
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.

Und wir fordern die Bundesregierung und die Kommunen auf, die Forderungen der Gewerkschaft ver.di und der Beschäftigten zu übernehmen! Wir rufen Städte und Gemeinden in Niedersachsen auf, sich gegenüber dem Kommunalen Arbeitgeberverband und öffentlich hinter ihre Beschäftigten und deren berechtigten Forderungen zu stellen! Denn dies ist nicht nur ein Tarifikampf für höhere Löhne, es ist auch ein Kampf für einen gut finanzierten öffentlichen Dienst den wir alle brauchen!

Wir wünschen den Kolleg*innen gutes Durchhalten und viel Erfolg!

Dringlichkeitsantrag an den 9. Landesparteitag am 11./12. März 2023 in Hannover

Antragsteller*innen: Ursula Weisser-Roelle (KV Braunschweig), Heidi Reichinnek (KV Osnabrück-Stadt), Hans-Henning Adler (KV Oldenburg-Ammerland), Lars Leopold (KV Hildesheim), Christian Roelle (KV Braunschweig), Gerald Molder (KV Braunschweig)

DIE LINKE. ist und bleibt Friedenspartei!

DIE LINKE. Niedersachsen unterstützt die überall stattfindenden Demonstrationen für einen sofortigen Waffenstillstand im Ukrainekrieg und eine diplomatische Initiative mit dem Ziel von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, die ihren bisherigen Höhepunkt mit bis zu 50.000 Teilnehmenden am 25.2. in Berlin gefunden haben sowie die Unterschriftensammlung des Manifestes für den Frieden. Während vom bürgerlich-liberalen bis zum rechten Lager die beschleunigte Aufrüstung der Bundeswehr zur Kriegsfähigkeit gefordert wird, braucht es umso dringender eine starke Stimme für den Frieden. Der Landesvorstand der LINKEN Niedersachsen wird aufgefordert, die Bildung einer starken Friedensbewegung in Niedersachsen zu unterstützen.

Begründung:

In dem von gegenwärtig 750.000 Menschen unterschriebenen „Manifest für den Frieden“ wird zurecht festgestellt: „Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.“ Und weiter: „Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität.“ Solidarität mit dem Volk der Ukraine bedeutet aber auch den Krieg jetzt zu beenden und nicht mit immer weiteren Waffenlieferungen zu verlängern.

Militärexperten sprechen von einer Patt-Situation des Krieges, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Deshalb fordert das Manifest: „Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern.“ Dafür braucht es eine breite gesellschaftliche Bewegung, dass den berechtigten Forderungen vieler Menschen nach Frieden und die Ablehnung von Krieg, Aufrüstung und Waffenexporten Nachdruck verleiht. Deshalb sollte DIE LINKE. in Niedersachsen in ihrem friedenspolitischen Engagement an die Bewegungen anknüpfen, die tatsächlich existieren und sich hier einbringen. Der bevorstehende Ostermarsch ist eine hervorragende Gelegenheit, der Friedensbewegung zu dem jetzt dringend notwendigen Aufschwung zu verhelfen und eine gesellschaftlich breit aufgestellte Bewegung gegen Krieg und Aufrüstung zu fördern. Daran mitzuwirken ist für die LINKE. Niedersachsen als Friedenspartei eine Herzenssache.

Antragsteller*in:
Kreismitgliederversammlung Osnabrück-Stadt

Verfahrensvorschlag zu S 3
"Landesausschuss: Sitzungsanzahl auf ein notwendiges Maß reduzieren,
Ladungs- und Antragsfristen demokratisieren"

Die Delegierten des Landesparteitages beschließen, den Antrag S3 im neuen GF-LaVo mit dem LA-Präsidium zu besprechen, dann in den LA zu geben und auf der 2. Tagung des 9. LPT das Ergebnis dieser Diskussionen zur Abstimmung vorzuschlagen.

Begründung:

Es gibt viele - auch praktische - Gründe, die gegen die vorgeschlagene Einladungsfrist und Antragsfrist sprechen. Dies sollte mit den Verantwortlichen und im LA diskutiert werden. Das nennen wir demokratisch.

Antragsteller*in:

Kreismitgliederversammlung Osnabrück-Stadt

Änderungsantrag zur Geschäftsordnung

II Beschlussfassung allgemein (6):

Der Satz "Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt." ist zu ersetzen durch:
"Zu den abgegebenen gültigen Stimmen zählen auch Enthaltungen."

Begründung: Die vorgelegte Fassung dieses Punktes ist satzungswidrig.

Auszug Bundessatzung

§ 31 Beschlüsse, Abstimmungen und Wahlen

4) Eine satzungsändernde Mehrheit ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Ja- Stimmen sind und wenn mehr als die Hälfte der Abstimmungsberechtigten mit Ja stimmt. **Zu den abgegebenen gültigen Stimmen zählen auch Enthaltungen.**

Abstimmungsberechtigte sind auf Delegiertenversammlungen alle gewählten Delegierten mit beschließender Stimme unabhängig von ihrer Anwesenheit, in Mitgliederversammlungen alle anwesenden Mitglieder.

Kandidatur von Olaf Steggewentz als Landesvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bewerbe mich um die Position des Landesvorsitzenden.

Der Zustand der Partei läßt ein Weiteres nicht zu. Die Zerrissenheit und der chaotische Zustand wurden mir nochmal bei der letzten Sitzung des Landesausschusses deutlich; deshalb habe ich mich entschlossen zu kandidieren: gegen die Spaltung und den Hass in der Partei, für Klarheit und Ehrlichkeit im Umgang miteinander, für ein funktionierendes, nicht mehr strömungsgelenktes Landesbüro.

Um meine überraschende Kandidatur verständlich zu machen, einige Worte zu mir, meiner Familie und der entsprechenden Sozialisation:

Mein Großvater war in der kaiserlichen Kavallerie und gegen Ende des 2. WK in der Roten Armee, meine Großmutter hat sich geweigert, sich von denen (den Nazis) vorschreiben zu lassen, "mit wem wir gesellschaftlich verkehren" und sie haben sich weiter mit einer jüdischen Familie zum Essen und zum Tee getroffen. Meine Mutter erzählte dem BdM am Schulort, sie sei an ihrem Wohnort dabei, dort erzählte sie, sie sei am Schulort im BdM, später verdiente sie den größten Teil des Familieneinkommens, zeitweise versorgte mein Vater uns, wenn wir aus der Schule kamen. Über eine Bürgerinitiative gegen einen Kasernenneubau wurde er politisiert, wichtig war ihm die Aussöhnung; deshalb initiierte er die erste Städtepartnerschaft zwischen seiner neuen Heimat und seinen Geburtsort in Polen, noch zu Zeiten des Kalten Krieges.

Seit dem Studium kümmerte sich der Verfassungsschutz gelegentlich um mich und meine berufliche Karriere, ganz vergessen haben die Schlapphüte mich aber immer noch nicht: mindestens einmal jährlich warnt der MAD einen nahen Verwandten vor zu engem Kontakt zu mir. Sowa prägt und macht widerständig! So bin ich aufgewachsen, so (-was er-) lebe ich, da kann ich mich nicht zurücklehnen und zuschauen, wie unsere Partei heruntergewirtschaftet wird: deshalb kandidiere ich.

Richtig beschreibt der Leitantrag das zentrale Problem in unserer Partei: den Rückzug von Genossinnen und Genossen aus Gremien, auch und vor allem auf Landesebene. Wenn es aber bei der schlichten Benennung bleibt, die Ursachen dafür nicht benannt werden, dann ist das hilflos und feige. Man kann über die Gründe Totschweigen verabreden, die Gefahr ist, dass dann die Verhältnisse so bleiben und die Partei sich selber tot schweigt. Wir brauchen Awereness und Wokeness, besonders wenn Angst ein offenes Ansprechen der Probleme verhindert, wenn auf eine Kandidatur für den Landesvorstand angesprochene Genossinnen und Genossen nur sagen, dass sie sich das nicht antun wollen. So werden wir keine politische Kraft, die im Land Ausstrahlung entfaltet, das müssen wir aber, das sind wir den Menschen, aber auch uns schuldig. Offenheit und Ehrlichkeit müssen in unsere Partei wieder greifen, das sehe ich als die wichtigste Aufgabe für den Landesvorstand. Rosa Luxemburg: "Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat."

Zwei weitere Schwerpunkte muss die Arbeit der Gremien in den nächsten zwei Jahren haben: Aufbau und Stabilisierung der Kreisverbände und eine intensive Bildungsarbeit: Der Zustand der KVs ist extrem unterschiedlich, oft im ländlichen Raum von geringer Mitgliederzahl geprägt. Hier muss von dem wenigen Geld, was uns zur Verfügung steht, ein Gutteil in den Aufbau dieser KVs gesteckt werden. Durch Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit muss es uns gelingen, dort feste Strukturen zu entwickeln und dann zu stabilisieren. Dazu bedarf es einer intensiven Bildungsarbeit, in Kooperation mit den KVs, den LAGs und `solid, dabei können wir die Unterstützung der RLS gebrauchen. Wichtig ist, dass bei der Konzeption der Bildungsarbeit die Elemente Erleben, Genießen, Gemeinsamkeit und Spaß nicht zu kurz kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mutig und offen diese Arbeit beginnen. Und seid unbesorgt, ich will weder für den Landtag noch den Bundestag oder das Europaparlament kandidieren - vielleicht doch noch Bundespräsident. Ich will in diesen anstehenden zwei Jahren die Partei durch die *Mühen der Ebenen* führen, damit wir dann die Kraft und die Möglichkeiten haben, wieder aufwärts zu streben.

Ich bitte um Eure Stimmen

Olaf Steggewentz

Bewerbung als Beisitzer Landesvorstand

Hans-Herbert Ullrich

Es geht ungerecht in dieser Welt zu, deshalb ist die Linke wichtiger denn je.

Die Welt hat sich seit dem Angriffskrieg verändert.

Um einen möglichen Weg aus der Krise der Linken auf zu zeigen bewerbe ich mich als Beisitzer.

Ein Schwerpunkt in den kommenden Jahren wird sein das Thema „ Soziale Gerechtigkeit“, insbesondere Wohnungspolitik, Rente und Pflege, auch hier brauchen wir eine starke Linke, die den Staat zu einer gerechten Sozialordnung verpflichtet und den immer unter Kontrolle hält. Hier muss Die Linke muss eine klare Kante zeigen. Ich stehe für ein klares Linkes Profil, um hier eine klare Abgrenzung zur neoliberalen Politik zu setzen. Wir müssen unsere Schwerpunkte den Wählern in deutlicher direkter Sprache näherbringen. Wir müssen es verhindern, dass die einzelnen Gruppen wie Hartz 4, Behinderte, Obdachlose, Alleinerziehende, psychisch Kranke und Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt werden. Sollte ich in den Landesvorstand gewählt werden würde ich mich besonders im Bereich bezahlbares Wohnen, Flüchtlinge, Obdachlose und den Bereich behinderte Menschen zu meinen Schwerpunkten setzen.

Die Linke und auch ich, Hans-Herbert Ullrich, werden sich mit aller Kraft für diese Ziele einsetzen. **Auf der Straße oder bei Hausbesuchen, Veranstaltungen und Infoständen werde ich mit den Bürgern in Kommunikation gehen sie hier persönlich ansprechen um mit ihnen in einen Dialog zu kommen. So wird Vertrauen und Glaubwürdigkeit vermittelt. Die Linke muss geeint in den nächsten Landtagswahlkampf ziehen.**

Nun noch ein paar Zeilen zu meiner Person:

Hans-Herbert Ullrich

- geb. 31.12.1958 in Hamburg
- verheiratet
- Beruf: Sonderpädagoge, gesetzlicher Berufsbetreuer, Ausbilder
- seit 1998 Ausbilder in HWK für benachteiligte Jugendliche und Suchtkranke Menschen
- seit 2001 im behinderten Bereich tätig, hier besonders für Taubblinde und Blinde Menschen.
- seit 2008 Parteimitglied
- weiterer Werdegang
- Betriebsrat
- Mitglied im Kreisausschuss
- Mitglied im Landesausschuss
- Mitglied LAG Bildung u. Behindertenpolitik
- Seit 11.2016 Bezirksratsmandat
- Mein Spezialgebiet ist die Behindertenpolitik, Sozialpolitik und Wohnungspolitik. Hier insbesondere der Bereich Psychisch Erkrankungen, Kommunikation und Arbeit. Hier müssen die Voraussetzungen für eine bessere Inklusion/ Integration geschaffen werden.

Bewerbung von Kristina Schulz als Inklusionsbeauftragte

Hiermit will ich erneut zur Inklusionsbeauftragten kandidieren.

Ich bin Kristina Schulz.

Ich lebe und arbeite in Göttingen.

Seit 17 Jahren arbeite ich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

Dort bin ich Werkstattträtin.

Seit 2012 bin ich bei den Linken.

Zu den Linken bin ich über die BAG selbstbestimmte Behindertenpolitik gekommen.

Hier bin ich im SprecherInnen Rat.

Ich habe eine psychische Behinderung.

Die doppelte Benachteiligung von Frauen mit Behinderung liegt mir besonders am Herzen

Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission Niedersachsen zum 9. Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen.

Die Landesschiedskommission war im Berichtszeitraum nur zeitweise arbeitsfähig, da sie chronisch unterbesetzt ist. Ich kann nur über den Zeitraum berichten, dem ich Mitglied und Vorsitzender der Kommission war. Zunächst waren wir nach dem Austritt von Sebastian Stoffregen nicht mehr beschlussfähig, da faktisch nur Klaus Nielsen und ich ansprechbar waren. In Oldenburg wurden dann Eike Schöllgens und Hans-Herbert Ullrich nachgewählt. In dieser Besetzung haben wir seitdem konzentriert und effektiv gearbeitet.

Wir haben 20 offene Verfahren übernommen, von denen wir 13 durch Verhandlungen oder Beschlüsse erledigt haben. 4 Verfahren sind vorbereitet. In 2 dieser Verfahren waren bereits Verhandlungstermine anberaumt, die aus verschiedenen Gründen nicht stattfinden konnten. 2 weitere Verfahren sind vorbereitet und stehen zur Verhandlung an und 3 Altfälle werden demnächst durch Beschluss erledigt werden.

Insgesamt haben wir getan, was in der Kürze der Zeit möglich war. Wir übergeben der neuen Kommission einen übersichtlichen Aktenbestand.

Es ist nun an Euch, die Kommission endlich wieder arbeitsfähig zu machen. Insbesondere die Genossinnen müssen endlich Verantwortung übernehmen und die für sie reservierten fünf Sitze in der Kommission einnehmen.

Aus verschiedenen Gründen kandidiere ich nicht mehr und empfehle Euch, die Genossen Nielsen, Schöllgens und Ullrich zu wählen, wenn

sie kandidieren. Ich würde mich auch freuen, wenn Helga Nowak kandidieren würde und ihre Wahl empfehlen.

Mit solidarischen Grüßen

Hans Schulze-Eickenbusch

Vorsitzender der Landesschiedskommission Niedersachsen

Bewerbung von Klaus Nielsen für die Landesschiedskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Klaus Nielsen, ich bin 62 Jahre alt, Lehrer und wohne in Oldenburg. Ich gehöre der Landesschiedskommission seit dem letzten Landesparteitag, also seit etwa zwei Jahren an und würde mich freuen, wenn wir die gemeinsame Arbeit mit weiteren weiblichen Mitgliedern fortsetzen können. Die bestehende Landesschiedskommission hat meiner Meinung nach unparteiische Entscheidungen im Gesamtinteresse unserer Partei gefällt.

Meine Biografie: Ich bin ein Arbeiterkind, habe als erster in meiner Familie studiert: Im ersten Studium (80er Jahre) Sozialwissenschaft (Besuch auch rechtswissenschaftlicher Seminare), dann folgte viele Jahre später im zweiten Studium Latein. Politisch interessiert und aktiv bin ich eigentlich schon seit meiner Oberstufenzeit in Delmenhorst: Proteste gegen die NPD, gegen Atomkraftwerke, später auch Mitarbeit im ASTA, in der Rechtshilfe und Friedensdemonstrationen. Ich gehöre der Gewerkschaft seit über 30 Jahren an, erst der ÖTV, dann Verdi.

Parteimitglied der Linken bin ich seit 7 Jahren, habe sie aber schon vorher in Wahlkämpfen unterstützt. Ich gehörte auch schon dem Kreisvorstand an. Ausschlaggebend für meinen Parteieintritt war das erschreckende und für meine Generation nicht vorstellbare Anwachsen der AfD und des Rechtspopulismus in Deutschland, der nach wie vor entschieden bekämpft werden muss.

Ich möchte als Mitglied der Schiedskommission ein Stück Verantwortung in unserem Landesverband tragen. Mir geht es hierbei um die politische Kultur in unserer Partei. Kontroverse Diskussionen sind für das Parteilieben und das politische Vorwärtskommen unbedingt notwendig. Rahmenbedingungen dafür sind ein gegenseitiger respektvoller Umgang, also auch die Bereitschaft, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, sowie die gemeinsame Wertebasis (gegen Rassismus und Kriegstreiberei usw.).

Daher gehört es für mich zur politischen Kultur in Schiedsverfahren, bei Streitigkeiten beide Seiten respektvoll und offen anzuhören, neutral abzuwägen und eine Entscheidung auf der Grundlage unserer Satzung und Beschlüsse zu treffen. Da, wo vermittelt werden kann, muss Mediation betrieben werden. Es muss auch darauf geachtet werden, dass Parteiausschlussverfahren nicht für Machtkämpfe und persönliche Zwecke missbraucht oder nur missliebige Meinungen unterdrückt werden sollen. Aber da, wo ganz klar und mit Beweisen unsere gemeinsame Wertebasis verlassen wird, ist konsequentes Handeln notwendig. Dies gilt auch für parteischädigendes Verhalten durch die Tätigkeit oder Kandidatur für eine andere Partei.

Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte,
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben,
Nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.